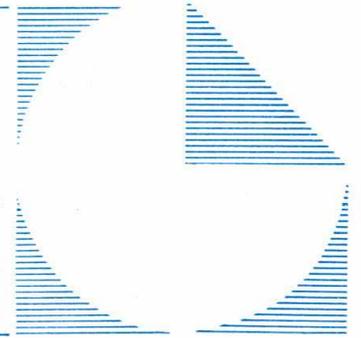


LAG

1/88

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



1987
vom
Wohn-
container



in die
modernisierte
Wohnung

1988



TERMINE

15. - 17. Januar 1988	Tagung: Männerarbeit im Rahmen von Gemeinwesenarbeit, vorbereitet von der AG GWA, in Dorfweil
Dienstag, den 19. Januar 1988	Tagesveranstaltung für alle Projekte: Erstellung des Verwendungsnachweises, 9 Uhr Geschäftsstelle
Mittwoch, den 20. Januar 1988	Spielstuben-Regionaltreffen Süd-West
Donnerstag, den 21. Januar 1988	AG Jugend, 10 Uhr Geschäftsstelle Frankfurt
Donnerstag, den 21. Januar 1988	AG Wohnen und Mieten, 14 Uhr Margaretenhütte Gießen
Mittwoch, den 27. Januar 1988	Treffen der Spiel- und Lernstuben
29. - 31. Januar 1988	Tagung: Grundsätze für kommunale Obdachlosenkonzepete, im Burckardthaus in Gelnhausen
29. - 31. Januar 1988	Seminar: Jugendarbeit, in Lindenfels
Freitag, den 12. Februar	Tagesveranstaltung zur Entwicklung und Perspektiven der Frauengruppenarbeit vor Ort
19. - 21. Februar 1988	Fortbildung für Ausbilder und Sozialpädagogen in Arbeitsprojekten
Donnerstag, den 25. Februar 1988	AG Jugend
29. Februar - 4. März 1988	Fortbildung "Jugendarbeit und Rockmusik" in Diezenbach, org. vom Arbeitskreis Rockmusik
2. - 4. März 1988	Fortbildung für Anleiter bei 'Hilfen zur Arbeit'

IMPRESSUM:

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstr. 25, 6000 Frankfurt a.M. 1, Tel. 069 / 25 00 38

Redaktion: Christoph Rüschi

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

INHALT

Das obere Titelfoto stammt aus der Gießener Anz. vom 22.8.87, es zeigt eine Familie aus der Margaretenhütte, wie sie im Wohncontainer lebt. Mitte Dezember konnten die Mieter ihre sanierten Wohnungen beziehen. Wie die sanierten Häuser aussehen, zeigt das untere Bild, diesmal vom Eulenkopf in Gießen (Gießener Allg. 19.12.87).

Streichungen von Landesmitteln teilweise rückgängig gemacht	S. 1
Regionalversammlungen und Mitgliederversammlung der LAG	S. 2
Fest: 20 Jahre Spiel- und Lernstuben am 24. Oktober 1987	S. 4
Tagung zur Wohnungsnot in der BRD	S. 6
Wenn das Geld vom Land wegfällt - Erfahrungen aus Rüsselsheim ...	S. 8
Der neue Vorstand der LAG	S.11
Wenn die S-Bahn durch die Siedlung fährt	S.13
Frauensteiner Straße in Wiesbaden: Bewohnerversammlung zur Sanierung	S.14
Bernhard Horch: Redebeitrag anlässlich der Fachtagung "25 Jahre BSHG"	S.15
25 Jahre BSHG - kein Grund zum Feiern	S.18
Wohnungseinweihung in Gießen	S.19
Berichte aus den AG's	S.20
Verschiedenes	S.22

STREICHUNG VON LANDESMITTELN TEILWEISE RÜCKGÄNGIG GEMACHT

Wie Ihr alle wißt bestand ja die große Gefahr, daß die CDU/FDP-Regierung den von der SPD/GRÜNEN-Koalition eingesetzten Haushaltstitel "Dezentrale Beratungsdienste und sozialpädagogische Einrichtungen sowie Schuldnerberatungsstellen in Anbindung an geeignete Beratungsdienste" ersatzlos streichen wird.

Dies hätte eine existenzielle Gefährdung von fünf LAG-Brennpunkt-Projekten bedeutet. Nach vielfältigen und gezielten Interventionen von Seiten der örtlichen Projektgruppen und von der Landesarbeitsgemeinschaft, ist folgendes Ergebnis zu verzeichnen: Von der CDU/FDP-Landesregierung wurden im Bereich des Hess. Sozialministers DM 500.000,--, wieder in den Haushalt des Hess. Sozialministers eingestellt und zwar mit der Bezeichnung: "Schuldnerberatung in Sozialen Brennpunkten".

Nach allen uns zur Verfügung stehenden Informationen, wird kein Projekt, daß 1987 in der Förderung stand eingestellt werden. Gleichwohl ist zu vermerken, daß der Finanzierungsspielraum insgesamt in dem Brennpunktbereich nicht gerade weit ist. Trotz der Wiedereinstellung der

bereits genannten DM 500.000,-- muß verzeichnet werden, daß somit eine Einsparung von DM 220.000,-- in diesem Bereich erfolgt ist.

Für die Zukunft muß gleichzeitig die Frage gestellt werden, wie von Seiten des Hess. Sozialministers aus in Zukunft die Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten gefördert wird?

Es stellt sich hier also die Frage nach den zukünftigen Kriterien der Förderung: Was sind Soziale Brennpunkte? Gilt die zukünftige Finanzierung ausschließlich für Projekte der Schuldnerberatung?

Einerseits muß also festgestellt werden, daß die mit Hilfe der örtlichen Projekte und der Landesarbeitsgemeinschaft von der CDU/FDP-Regierung wieder eingesetzten DM 500.000,-- erst einmal ein Erfolg für die Bewohner- und Gemeinwesenarbeit in hess. Sozialen Brennpunkten ist.

Eine Diskussion über die Definition und die Förderrichtlinien für eine Bewohner- und Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten wird in absehbarer Zeit sicherlich erforderlich sein.

Manfred Schaub

REGIONALVERSAMMLUNGEN UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Mit Ausnahme der Regionalversammlung in Gießen (Region Mitte) waren die Regionalversammlungen gut besucht. Im Eschig (Region Süd) waren sieben Projekte da und im Wachsacker (Region Südwest) acht Projekte.

Anders als bei Mitgliederversammlungen oder Tagungen, wo es ein festes Programm gibt und die Zeit meist knapp ist, bieten die Regionalversammlungen Raum, um zu berichten und zu informieren, was in den Siedlungen und Projekten los ist und, wo es Sorgen gibt.

Daß dies auch ein Bedürfnis der Projekte ist, hat sich auf den Regionalversammlungen gezeigt.

So liegt der Schwerpunkt der Projekte zur Zeit bei der **Sanierung / Modernisierung**. Fast jedes zweite der anwesenden Projekte hat damit zu tun. Teilweise stehen sie noch ganz am Anfang wie am Lammerspieler Weg oder im Lohwald in Offenbach. Der Eschig ist zur Hälfte gemacht und der Amselweg in Limburg fertig modernisiert. In der Rodgaustraße soll ein Haus modernisiert werden und in Wiesbaden soll im Wachsacker und der Frauensteinerstraße demnächst angefangen werden. Die Berichte machten wieder einmal deutlich: es gibt kein Patentrezept Sanierung. Je nach Art der Siedlung (Alter, Bewohner, Lage usw.) und den Bedingungen in der Gemeinde stellt sich das Problem anders. Ein gemeinsamer Nenner ist, die Bewohner müssen mitbestimmen.

Unzufriedenheit gibt es in einigen Projekten, daß die Bewohner (oder Mitglieder in den Vereinen) zu wenig zusammenhalten, oder daß sie sich nicht beteiligen.

Schwerer haben es die Gruppen, die ohne finanzielle Zuschüsse auskommen müssen wie Sozialhilfvereine oder auch die 'Wühlmäuse' eine Frauengruppe aus Wiesbaden.

Bei 80% Ausländeranteil am Starckenburgring in Dietzenbach, einer Neubausiedlung mit ein paar Tausend Einwohnern, ergeben sich ganz andere Probleme (so werden da z.B. Alphabetisierungskurse angeboten).

Der Vertreter vom Wohnwagenstandplatz in Hanau hofft, daß es bald wieder zu offiziellen Beziehungen zur LAG kommt.

So kam die ganze Vielfalt der Projekte und der Arbeitsschwerpunkte der LAG zur Sprache. Für neuere Projekte war es eine gute Gelegenheit, die LAG kennen zu lernen und Kontakte zu knüpfen.

Aus dem Eschig gab es aber auch einige Kritik an der LAG: auf den Tagungen wären fast nur Sozialarbeiter und keine Bewohner, die Vorstandsmitglieder gingen nicht mehr in die Siedlungen, Eschigfrauen wären von einer Frauentagung ausgeschlossen worden, das LAG-Geld würde ungerecht verteilt u.a.m. Aufgrund dieser Kritik hat der Vorstand der LAG beschlossen, das Mitgliedsprojekt Eschig zu einem Gespräch einzuladen.

Die Bewohnerversammlungen dienen auch zur Vorbereitung der **Mitgliederversammlung**, die dann drei Wochen später am **17./18. Oktober in Kröckelbach** stattfand.

Es war eine Wahl-MV, denn, wie alle zwei Jahre, mußte der **Vorstand neu gewählt werden**.



Die MV bei der Arbeit

22 Projekte waren da, davon 17 Mitgliedsprojekte. Mit etwa 70 Personen war der Saal in Kröckelbach voll (Gottseidank war dies ein hoher Saal, sodaß sich die Rauchschwaden verteilen konnten).

Bevor zur Wahl geschritten wurde, mußte die MV noch einiges erledigen: so wurden kleinere Satzungsänderungen verabschiedet, wurde der **Wachsacker aus Wiesbaden als Mitglied aufgenommen**, gab es ausführliche Berichte aus den Arbeitsbereichen und zur Finanzsituation, und wurden zu guter letzt Kassenprüfer und Vorstand entlastet.

Zur Neuwahl des Vorstandes kam es dann erst am Sonntagvormittag. Anders als bei früheren Vorstandswahlen gab es diesmal eine richtige 'Kampfwahl', denn es wurden mehr Kandidaten aufgestellt als Sitze im Vorstand.

In Einzelwahlgängen wurde der **bisherige geschäftsführende oder engere Vorstand bestätigt**:

1. Vorsitzender: Hartmut Fritz, Limburg
 2. Vorsitzende: Regina Seidewitz, Offenbach
- Kassenwart: Klaus Müller, Offenbach

Von den alten Beisitzer/innen hatte sich nur Clemens Wolf nicht mehr beworben. Neu dazu wollten Gisela Zwigart (Frauensteiner Straße / Wiesbaden), Gustav Förster (Wachsacker / Wiesbaden), Klaus Heil (Spielstube Butzbach) und Bernhard Horch (Sozialhilfeverein Raunheim). Die Mitgliederversammlung mußte also aus sieben Bewerbern vier auswählen. So wurde das Auszählen der Stimmen zu einem spannenden Vorgang.

Folgende vier erhielten die meisten Stimmen und wurden somit **zu Beisitzern im LAG-Vorstand gewählt**:

Rudi Andrä, Darmstadt
Bernhard Horch, Raunheim
Heide Koradin, Wiesbaden
Gisela Zwigart, Wiesbaden

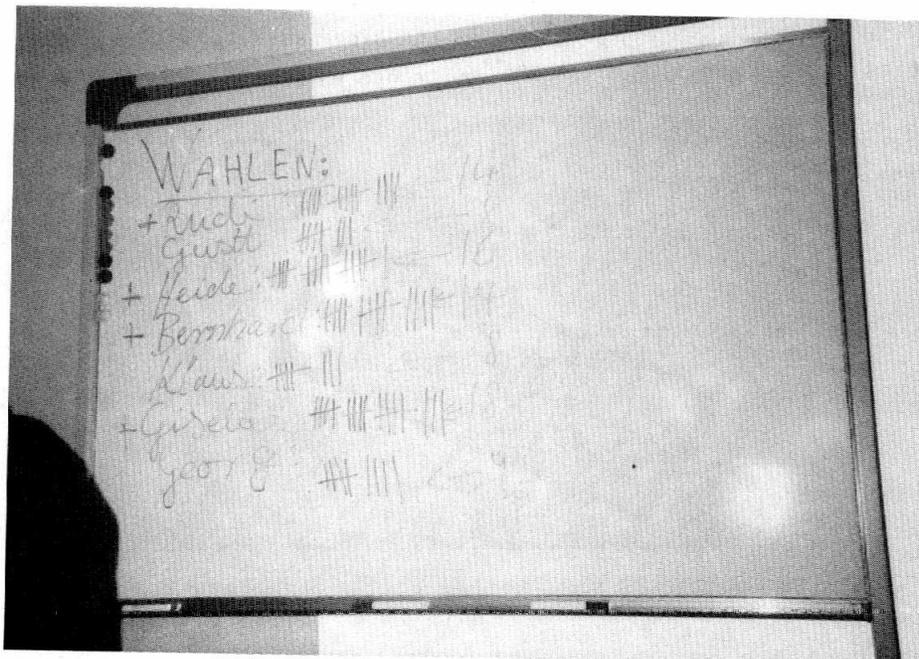
Damit ist im neuen LAG-Vorstand die Bewohnerseite mit vier Personen gegenüber den Profis aus der Sozialarbeit in der Mehrheit.

chr.

Die neuen Vorstandsmitglieder:

Gisela Zwigart, 31 Jahre, ist Sozialarbeiterin in der Frauensteiner Straße in Wiesbaden. Zu ihren Zielen im LAG-Vorstand sagt sie: "Da ich die Zusammenarbeit auf Landesebene sehr wichtig finde, möchte ich als Vorstandsmitglied meinen Anteil zum Gelingen der weiteren LAG-Arbeit beitragen, dies vor allem aus der Sicht der Situation "vor Ort" und als Frauengruppenmitglied. Für weitere Informationen, Fragen oder Anliegen meine Telefonnummer: 06121 / 42 27 39".

Bernhard Horch; 35 Jahre, hat eine Ausbildung als Bäcker und als Krankenpfleger. Seit 1985 ist er im Sozialhilfeverein Raunheim aktiv u.a. als Herausgeber des Info 'Notgroschen'. Er ist seit frühester Kindheit mit sozialen Problemen konfrontiert und seit seinem 16. Lebensjahr in karitativen Vereinen, seit 1983 ausschließlich in der Sozialhilfe- und Arbeitslosenarbeit. Zu seinen Zielen sagt er: "Ich will meinen Einsatz dafür verwenden, daß die Schere zwischen Armut und Reichtum, die immer weiter aufgeht, durch aktive und intensive Arbeit verkleinert wird, und daß Abhilfe für die Not und Änderungen herbeigeführt werden!"



Das Ergebnis der Beisitzerwahl



Foto: Severin

Beim Fest zum zwanzigjährigen Bestehen der Spiel- und Lernstuben in Hessen waren die Kinder in der Mehrheit. In erster Linie sollte es auch ihr Fest sein im Marburger Waldtal. Nach außen sollte gezeigt werden, was alles erreicht worden ist, und wie wichtig auch heute die Einrichtungen noch sind.

Mit der Lebendigkeit der Kinder bekamen es gleich zu Anfang die Festredner zu tun. Das Festzelt summte wie ein Bienenhaus, da war es für die Politiker gar nicht so einfach, sich zur Geltung zu bringen. Gut schaffte es der Staatssekretär Gerald Weiß, der sich spontan auf eine kurze Stegreifrede beschränkte. Der Beigeordnete Maraun vom LWV hatte es dagegen viel schwerer, da er sich nicht abhalten ließ, eine längere Rede zu halten. Zwischen den Reden gab es Produktionen aus verschiedenen Spiel- und Lernstuben, so traten der Circus 'Grüner Käfer', eine türkische Tanzgruppe und viele andere Artisten auf.

Allen machte die Feuchtigkeit und der Morast zu schaffen, in den sich die Wiese verwandelt hatte,

auf der das Festzelt stand - damit hatte keiner gerechnet. Verständlich, daß die Tanzgruppe aus Idstein sich darüber beschwerte, daß ihre Tanzkleider dreckig wurden.

Aber sonst ließen sich die Kinder wenig beeindrucken von den feuchtkalten Verhältnissen. Sie nutzten die vielen Angebote an den Ständen von der Buttonmaschine aus Butzbach (der leider das Material viel zu schnell ausging) bis zu den waghalsigen Klettertouren auf die höchsten Waldtaler Bäume, zu denen das Marburger Sportprojekt verleitetete. Dazu gab's noch weitere Vorführungen, Zauberer und vieles andere mehr.

Die Diskussion mit den Politikern fand vor dem Hintergrund statt, daß wenige Tage vorher bekannt geworden war, daß die Landesregierung die Mittel für fünf LAG-Projekte weggestrichen hatte. So ging es im wesentlichen darum, die Vertreter der Koalitionsfraktionen von der Notwendigkeit der Sozialarbeit auch in den 'neuen' Sozialen Brennpunkten zu überzeugen. Hier bot sich eine gute Gelegenheit miteinander ins Gespräch zu kommen (s. zu den Kürzungen an anderer Stelle).

Auf herbe Kritik ist das Fest bei den Mitarbeitern der 'Stube' aus Idstein gestoßen. Sie schrieben uns: "Mit den Kindern waren wir alle etwas frustriert vom Tag in Marburg. Der äußere Rahmen war für Brennpunktbewohner gerade gut genug? Wie soll da das schlechte Image der Brennpunkte in der Öffentlichkeit verbessert werden". Bei einer Nachlese zum Spielstubenfest beim letzten Treffen der Spielstuben wurde diese Kritik nicht geteilt.

Trotz Pannen und Nässe, den Kindern habe es viel Spaß gemacht, meinte eine Kollegin. Problematisiert wurde allerdings die Eröffnung, die Politikerreden wären ätzend gewesen. Weiter habe alles etwas gekostet, es sei einfach für Kinder zu teuer gewesen. Wenn die Kinder schon für die Politik benutzt würden, dann hätten sie auch mehr dafür kriegen müssen. Für Kleine habe es zu wenig Angebote gegeben, und daß es für Moslems keine Rindswürste gegeben habe, sei eine unverzeihliche Pan-

ne gewesen.

Besonderer Dank gebührt dem AKSB, dem örtlichen Veranstalter. Ohne den Großeinsatz der KollegInnen vom AKSB hätte es das Fest nicht gegeben. Dabei muß das Aufstellen des Zelttes eine besondere Operation gewesen sein. Nachdem das Zelt schon fast stand, mußten sie es wieder abbauen, weil sie irgendwas verkehrt gemacht hatten. Und da sie das Zelt auch noch bewachen mußten, war es kein Wunder, daß sie, als die Feier begann, schon ziemlich in den Seilen hingen.

Das Fest selber wurde von den Spielstuben geplant und getragen. Und wie' s im Alltag in den Spiel- und Lernstuben auch mal ein wenig durcheinander gehen kann, so klappte beim Fest auch nicht alles hundertfünfzigprozentig. Dafür lebte das Fest von der starken Beteiligung der Spiel- und Lernstuben und der Kinder!

chr.



Foto: Severin.

TAGUNG ZUR WOHNUNGSNOT IN DER BRD

Fachtagung vom 19.-20.11.1987 in
Frankfurt

Vom 19.-20. November 1987 fand in Frankfurt eine Fachtagung zur "Wohnungsnot in der Bundesrepublik" statt. Veranstaltet wurde diese Tagung von der Arbeitsgemeinschaft "Internationales Jahr für Menschen in Wohnungsnot" in der Bundesrepublik. Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen arbeitet in dieser Arbeitsgemeinschaft mit. Weitere Mitglieder in dieser Arbeitsgemeinschaft sind:

Bundesarbeitsgemeinschaft für NichtseBhaftenhilfe,
Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte
Saarland,

Institut für Wohnen und Umwelt (Darmstadt),
Arbeitsgruppe sozialpolitische Arbeitskreise/
Projektbereich Obdachlosenarbeit (München),
LAG Alleinstehende Wohnungslose (Hamburg),
Projekt alleinstehende Wohnungslose (Münster),
Kath. Arbeitsgruppe NichtseBhaftenhilfe.

Das Jahr 1987 wurde von der UNO zum Internationalen Jahr für Menschen in Wohnungsnot erklärt. Der Schwerpunkt des Jahres wurde dabei auf die Überwindung der Wohnungsnot in der sog. 3. Welt gelegt. Die Obdachlosen in den Industrieländern sollten nach dem Willen der UNO jedoch nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grunde wurde die o.g. Arbeitsgemeinschaft von den verschiedenen Organisationen und Gruppierungen gegründet und die Fachtagung "Wohnungsnot in der Bundesrepublik" veranstaltet.

Die Fachtagung hatte ein überraschend positives Echo. 500 Teilnehmer/innen aus der gesamten Bundesrepublik nahmen an der Tagung teil.

Die Fachtagung hatte folgende Struktur:

Es fanden 3 Foren zu folgenden Themen statt:

1. Wohnungslose Frauen
2. Kommunale Prävention und Wohnungsnot
3. Beseitigung von Wohnungsnot durch eine sozial

orientierte Wohnungspolitik.

Weiterhin wurden Arbeitsgruppen zu folgenden Themen organisiert:

1. Versteckte Armut unter alleinstehenden Wohnungslosen. Ist Streetwork ein adäquates Mittel zur Bearbeitung dieses Problems?
2. Rechtsverwirklichung
3. Arbeitslosigkeit- Chancen und Grenzen von Arbeitsprojekten
4. Krankheit und soziale Lage
5. Sozialplanung für Wohnungslose
6. Sanierung von Obdachlosenunterkünften
7. Verschuldung in der Bundesrepublik: Mietschulden und ihre Überwindung
8. Armut im Quartier - Gemeinwesenarbeit neu gefordert?

Am Donnerstag abend wurde von der Theatergruppe "defacto" aus Hagen das Theaterstück "die Abspeisung" aufgeführt. "Die Abspeisung" ist ein Stück zur neuen, alten Armut, ein Stück mit Biß und Witz, mit Ernst und Wut.

Hervorzuheben ist, daß mit dieser Fachtagung zur Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland zum erstenmal Organisationen, Gruppierungen und Fachleute, sowie Betroffene (die Herausgeber des sog. Berber-Briefes aus den beiden Schwerpunkten der Wohnungsnot) zusammen gearbeitet haben. Dies sind die Schwerpunkte Wohnungsnot von Alleinstehenden und Wohnungsnot von Familien.

Auf dem Abschlußforum der Tagung wurde ferner vereinbart, daß über das Jahr 1987 hinaus eine festere und weitere Zusammenarbeit der o.g. Organisationen stattfinden soll. Dies mit dem Ziel, daß die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch aus dem Bereich der Wohnungsnot von Alleinstehenden und dem Bereich der Wohnungsnot von Familien in Zukunft besser zusammengeführt und koordiniert wird.

Manfred Schaub

Dieses Anspruchsdenken haben die Arbeiter, die sich von der Werbung verführen lassen, und wir nehmen nur das Recht, was auch von den Ministerien propagiert wird in Anspruch, nämlich daß der Sozialhilfeempfänger sich nicht von der durchschnittlichen Bevölkerung unterscheiden soll. Und deshalb etwas scherzhaft meine Bemerkung, wenn tatsächlich die Arbeiter alle einen Rolls fahren, darf doch der Hilfesuchende einen kleinen Mercedes fordern.

Und zum Schluß sollte man den § 1 nicht vergessen, daß ein Hilfeempfänger ebenfalls menschenwürdig leben muß.

Frau Stolterfoht (Sozialdezernentin Kassel) ich danke Ihnen und unterstreiche hiermit, daß es wirklich Arbeit ist, wenn der Betroffene zum Amt geht, um seine Anträge zu stellen, und ich möchte Sie mit einem Lächeln im Mundwinkel fragen, ob ich denn nun am Montag auf Ihrem Amt einen Antrag auf Mehrbedarf nach § 23 für Erwerbstätige stellen darf.

Ich hatte gestern schon etwas zu den Defiziten gesagt und möchte aus der Sicht der Betroffenen etwas zur Zukunft sagen.

Das BSHG ist eigentlich ein Gesetz welches zwar verbesserungswürdig, aber in der Theorie durchaus ein Instrument ist, um Menschen gleich welcher Rasse, Religion oder Weltanschauung - ich lege hier großen Wert darauf - in Notlagen gleichberechtigt zu helfen.

Wichtig ist für die Zukunft,

- daß allen Entscheidungsgremien bewußt wird, daß die zuständigen Sachbearbeiter eine Schulung erfahren müssen, die sie befähigt, das Beste für den Hilfesuchenden zu erreichen, ohne ihn für seine Notlage bestrafen zu wollen und ohne den finanziellen Gesichtspunkt im Hinterkopf zu haben, denn notwendige Hilfen dürfen nicht wegen des erforderlichen Geldes versagt werden.
- daß die Sozialhilfeträger die zahlreichen Initiativen, sei es in Sozialhilfe-, Jugendhilfe-, Arbeitslosenhilfe-, Behindertenhilfe-, oder anderen Hilfssektoren als Partner und nicht als Rivalen verstehen. Zumal wir Ihnen doch oft Arbeit abnehmen, die sie wegen der

nicht zu rechtfertigenden Einsparungen von Planstellen und der daraus folgenden Überbelastung nicht leisten können. Hierzu haben wir doch kompetente Stimmen aus den Ämtern während der Tagung gehört.

Und daß man sich mit uns unterhalten kann, haben doch die vielen guten Gespräche am Rande der Tagung in den Foyers etc. gezeigt. Wir haben keine Berührungängste!

- daß in Zukunft verstärkt Hilfe zur Arbeit angewandt wird, gemeint ist die Entgeltvariante, auch mit Druck auf die Arbeits- und Wirtschaftsminister damit Arbeit vorhanden ist, ist unabdingbar, damit endlich das Vorurteil ausgeräumt werden kann, daß Hilfebedürftige fast alles Faulenzer seien.
- daß in Zukunft wie auch in allen anderen Bereichen die Betroffenen selbst an den Entscheidungen mitarbeiten, ist ebenso notwendig. Denn es ist heute kaum Arbeitspolitik ohne Gewerkschaften, Heimverordnungen ohne Heimbeirat, schulische Dinge ohne Schülermitvertretung und Elternbeirat zu machen. Nur in der Sozialhilfe hat man oft die Empfindung, daß man als Schaf von allen anderen zum Schlachthof geführt wird.

An die Verantwortlichen möchte ich appellieren: Setzen Sie alle die theoretisch guten Dinge in die Praxis um! Welche Forderung wir erheben, haben sie in dieser Tagung gehört und auch gestern auf den verteilten Flugblättern (Statistikmodell - Nein Danke) zur Kenntnis nehmen können.

Zum Schluß möchte ich an dieser Stelle ein Beispiel benennen, welches Sie sicher alle kennen. Der Heilige Martin hat nicht überlegt, ob er einen andern auffordern soll, einen gebrauchten Mantel dem Hilfesuchenden zu überlassen, oder ob er ein kleines Stück aus seinem eigenen Mantel schneiden soll. Nein, er hat ganz spontan seinen Mantel in zwei gleich große Teile geteilt und so geholfen. Ich glaube nur so kann etwas verändert werden.

In diesem Sinne möchte ich die drei Buchstaben am Rednerpult (cph für Caritas-Pirkheimer-Haus) umsetzen in den Satz: Christliche Praxis hilft!

Bernhard Horch

Kontaktadresse
Bundesarbeitsgemeinschaft
für Nichtseßbafahrer e.V.
Postfach 130748
4800 Bielefeld 13
Tel. 05 21-144 36 13/36 16



**Arbeitsgemeinschaft
„Internationales Jahr
für Menschen
in Wohnungsnot“
in der Bundesrepublik**

„WOHNUNGSNOT IN DER BUNDESREPUBLIK“
Fachtagung vom 19. - 20.11.1987
in Frankfurt

Mitglieder:
Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßbafahrer
LAG soziale Brennpunkte Hessen u. Saar
Institut für Wohnen und Umwelt
AG sozialpolitische Arbeitskreise/Projektbereich
Oschlöhnerarbeit
LAG Alternierende Wohnunglose Hamburg
Projekt alternierende Wohnunglose Münster
Kath. AG Nichtseßbafahrer (KAG-N)

Die 500 Teilnehmer/innen der Fachtagung „Wohnungsnot in der Bundesrepublik“ in Frankfurt fordern aus ihrer tagelangen Erfahrung mit Wohnungsnot und der Zusammenarbeit mit Betroffenen, umgehende und durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot.

RESOLUTION

Gegen Ende des internationalen Jahres für Menschen in Wohnungsnot stellen sie fest:

- Der Bestand an Sozialwohnungen nimmt ständig ab; bis 1995 fallen über 2 Mio. Wohnungen aus der Sozialbindung. Darunter sind viele Wohnungen, die nach dem Gemeinnützigkeitsgesetz zumindest noch preisgebunden wären.
- Wenn dann auch noch die Wohnungsgemeinnützigkeit nach den steuerpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung wegfällt, dann würden ca. 2,5 Mio. Wohnungen gänzlich aus der Bindung herausfallen.
- Die Hälfte der Berechtigten nimmt aufgrund von Scham, Unkenntnis und bürokratischen Hemmnissen Wohngeld nicht in Anspruch.

Damit ist vorprogrammiert, daß in den nächsten Jahren immer mehr Menschen in Wohnungsnot geraten. Alle Verantwortlichen müssen daher jetzt handeln. Die Teilnehmer/innen fordern Bund, Länder, Gemeinden und Wohnungswirtschaft auf, endlich die Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland zu dokumentieren und zu beseitigen.

Grundsätzlich fordern die Teilnehmenden:

1. Neubau, Bestandserhaltung und -ausweitung von preiswerten, bezahlbaren sozialgeschützten Wohnungen in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern, Gemeinden und Wohnungswirtschaft.
2. Bei Wohnungslosigkeit und drohendem Wohnungsverlust die von der Verfassung gebotene Priorität des Bundessozialhilfegesetzes strikt zu beachten, alle Maßnahmen des BSHG voll auszuschöpfen und ordnungsrechtliche Maßnahmen damit überflüssig zu machen.

Forderungen

1. Der Bund soll:

- weiterhin auch finanzielle Verantwortung für die Fortsetzung des sozialen Mietwohnungsbaus tragen und die öffentlichen Finanzmittel entsprechend umschichten
 - die geplante Streichung der Steuerbefreiung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zurücknehmen und das Gemeinnützigkeitsgesetz dahingehend ändern, daß diese Bestände verstärkt den bedürftigen Gruppen zugänglich gemacht werden
 - im Rahmen einer allgemeinen Armutsberichterstattung auch die Wohnungsnot statistisch dokumentieren
 - in großstädtischen Ballungsgebieten eine zusätzliche Wohngeldstufe VI einführen
2. Die Länder sollen:
 - den vom Bund weiter mitzufinanzierenden sozialen Mietwohnungsbau nach Bedarfsschwerpunkten weiterführen
 - die Förderung der Wohnungsmodernisierung auf Wohnungen ohne Mindeststandard und Obdachlosenunterkünfte konzentrieren
 3. Die Kommunen sollen:
 - die zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente zur Erhaltung des preiswerten Wohnungsbestandes (Bundesbaugesetz mit Planverwirklichungsgeboten und Erhaltungssatzungen, Wohnungsaufsichtsgesetze, Zweckentfremdungsverordnungen) konsequent anwenden
 - Konzepte zur Erhaltung und Verbesserung preisgünstigen Wohnraums ämterübergreifend entwickeln und umsetzen
 - die vom Deutschen Städtetag empfohlenen Maßnahmen zur Sicherung der Wohnungsverordnung in Wohnungsnotfällen umsetzen
 4. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft soll:
 - den Mietern Gelegenheit geben, durch Beteiligung und Mitwirkung selbst aktiv zur Bestandssicherung des bezahlbaren Wohnraumes beizutragen
 - ihre Bereitschaft erhöhen, in Kooperation mit den Kommunen eine angemessene Versorgung von in Wohnungsnot geratenen Einzelpersonen und Familien in ihren Beständen zu sichern.

6000 Frankfurt a. M., d. 20.11.1987

WENN DAS GELD VOM LAND WEGFÄLLT - ERFAHRUNGEN AUS RÜSSELSHEIM



Die AG GWA im Sommer vor dem Bürgertreff im "Dicken Busch"

Anfang Oktober konnten Stefanie Hermann und ich (Heidi Peters) auf 1 Jahr Stadtteilarbeit im "Dicken Busch" in Rüsselsheim zurückblicken. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten war es vor allem in den letzten Wochen gut vorangegangen: Konflikte zwischen dem Vorstand und uns waren geklärt, Kontakte zu den anderen Institutionen im Stadtteil gefestigt, einige neue Initiativen angelaufen und ein neuer Gruppenraum stand zur Verfügung.

Es machte mich nur manchmal traurig, daß ich neben der vielen Arbeit so wenig Zeit fand, mich auf mein erstes Kind vorzubereiten. Ich war im 6. Monat schwanger und mein Privatleben im Umbruch. Aber immer stand nur die Arbeit im Mittelpunkt. So freute ich mich sehr auf den Bildungsurlaub in Dänemark, in der Hoffnung, dort wenigstens am Rande ein bißchen Erholung und Abstand von Rüsselsheim zu finden.

Da erfuhren wir zum 1. Mal von der Streichung des Titels im Landeshaushalt, aus dem auch unser Projekt bisher gefördert worden war. Lothar

Stock erwähnte dies kurz am Ende eines Treffens der AG GWA. Aber weder er noch wir konnten es so richtig glauben, zumal unser Vorstand noch kurz zuvor in einem persönlichen Gespräch im Sozialministerium weitgehende Zusagen erhalten hatte. Wir dachten zunächst an ein Mißverständnis, Lothar versprach sich zu erkundigen, und wir gingen gutgelaunt in die Kneipe. Nachdem wir das Problem noch 2 Tage erfolgreich verdrängt hatten, brach dann die bittere Wahrheit über uns herein.

Dies geschah am Freitag Mittag, meinem letzten Arbeitstag vor der Dänemark-Fahrt. Steffi wollte sofort Aktionen planen und am nächsten Tag nach Marburg fahren, in der Hoffnung mehr zu erfahren - Staatssekretär Gerald Weiß war zum Spiel- und Lernstubenfest dort eingeladen - und sie wollte, daß ich mitkomme. - Aber bei mir wehrte sich alles dagegen. Ich wollte auch endlich mal ein Recht auf Privatleben haben, mich nicht ständig vereinnahmen lassen und den Bildungsurlaub mitmachen, auf den ich mich schon so lange gefreut hatte.

In Dänemark kamen dann das schlechte Gewissen Steffi gegenüber und die Wut auf unsere Politiker in mir hoch, vor allem angesichts der fortschrittlichen, dänischen Sozialarbeit, deren Finanzierung dort keine Frage von Parteipolitik ist. Ich entwickelte den Willen und die Kraft zu kämpfen und fragte mich, wie weit der Kinderschutzbund wohl auch zur politischen Auseinandersetzung bereit sei.

Wieder in Rüsselsheim war ich positiv überrascht, was Steffi und einige DKSB-Mitglieder schon alles in die Wege geleitet hatten. Es war bereits eine Resolution erarbeitet und von der Mitgliederversammlung verabschiedet worden. Die Zusammenarbeit zwischen Steffi und dem Vorstand war sehr kooperativ verlaufen. Außerdem hatte Steffi Gespräche mit Vertretern der anderen Institutionen im Stadtteil geführt, die ihr versprochen uns zu unterstützen. Es gab viel Solidarität. Auch ein erstes Treffen auf LAG-Ebene mit den anderen betroffenen Projekten hatte bereits stattgefunden.

In den nächsten Tagen gaben wir die Resolution zusammen mit einem ausführlichen Bericht über unser Projekt an alle Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, denn die Förderung unseres Projekts durch die Stadt Rüsselsheim ist an die Finanzierung durch das Land Hessen geknüpft, das Projekt mit der Streichung der Landesmittel also total gefährdet. Da wir zunächst nicht mit einer Rücknahme der Streichung rechneten, wollten wir uns vor allem um eine Aufhebung dieser Koppelung und eine Finanzierungszusage von der Stadt Rüsselsheim bemühen. Trotzdem verschickten wir unsere Resolutionen und Berichte natürlich auch an die Landtagsfraktionen, sowie an einige Abgeordnete aus Rüsselsheim und Umgebung. Hinzu kamen Kontakte mit der örtlichen Presse, die die Resolution vollständig und mit guten Begleittexten abdruckte.

Natürlich nahmen wir auch an der gemeinsamen Pressekonferenz teil, die die LAG für alle betroffenen Projekte organisiert hatte. Gemeinsam hatte man schon eher das Gefühl, etwas erreichen zu können. Der Kontakt zu den LAG-Mitarbei-

tern und zu Kollegen und Kolleginnen in anderen Projekten gab uns Mut und so manche gute Anregung. Auch von Seiten des DKSB-Landesverbands gab's Unterstützung. Irgendwie machte der Kampf sogar Spaß.

Als nächstes gaben wir selbst eine Pressekonferenz. Die beiden Schulrektoren, der ev. Pastor und Vertreter/innen fast aller im Stadtteil ansässigen Institutionen waren anwesend und betonten die Wichtigkeit unseres Projekts. Wir fühlten uns getragen von einer Welle von Solidarität. Mit den Veröffentlichungen in den beiden Tageszeitungen konnten wir sehr zufrieden sein.

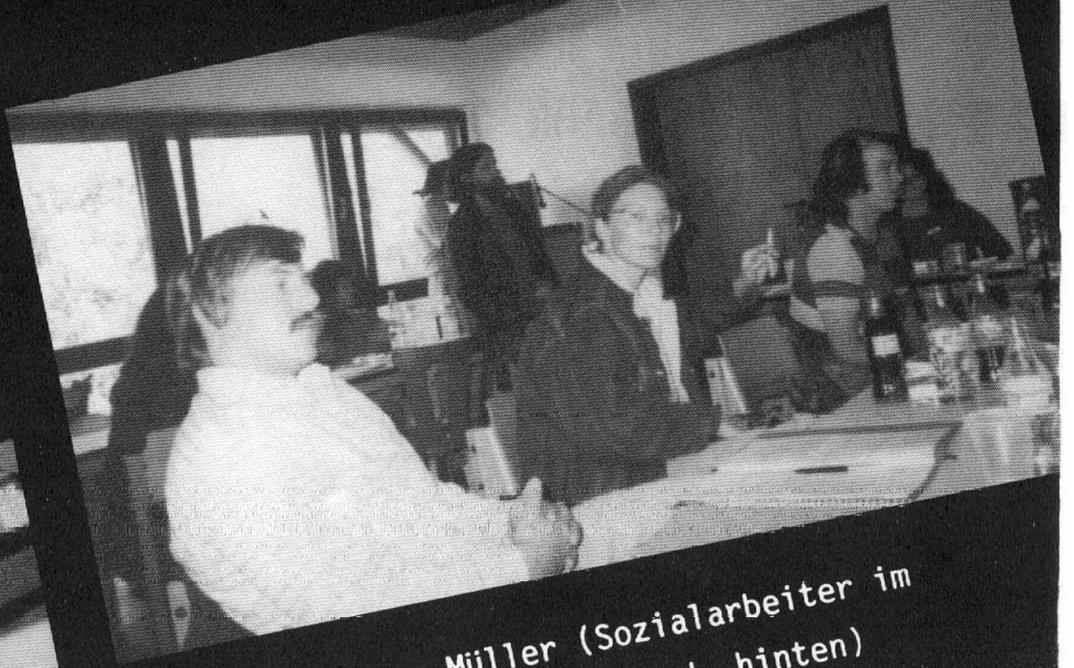
Als sich daraufhin der Hessische Rundfunk bei uns meldete und Interviews mit Bewohnern und uns machen wollte, hatten wir schon fast das Gefühl berühmt zu werden. Es folgten 2 Tage Lampenfieber und Überzeugungsarbeit bei den Bewohnern und Bewohnerinnen. Vor allem letztere fanden sich dann aber doch in größerer Zahl zum Interview-Termin bei uns ein und äußerten sich mutig und überzeugend. Ein zweiter Rundfunk-Termin war danach dann schon fast Routine.

Aber es gab auch sehr viel Frust. So wußten wir nicht, daß die Finanzierung unseres Projekts nicht im Sozialausschuß der Stadt, sondern im Jugend- und Sportausschuß verhandelt wird. Ich kam mir so blöd vor. Zu allem Überfluß brachte dann noch ein Mitglied der FWVG eine gut gemeinte Anfrage ein, die aber für die anderen Ausschußmitglieder ein rotes (bzw. grünes) Tuch darstellte.

Auf unsere Resolution gab es keine Reaktion, außer daß man was munkeln hörte. So sahen wir uns gezwungen, persönliche Anschreiben an die Landespolitiker nachzuschicken, und einige wichtige Politiker in der Stadt versuchten wir anzurufen. Persönliche Kontakte unserer Vorstandsmitglieder zu einigen Politikern waren dabei von Vorteil. Aber natürlich machten sie keine verbindlichen Aussagen und ließen sich auf keine inhaltlichen Diskussionen ein, um sich nicht angreifbar zu machen. So konnten wir nichts weiter tun, als sie höflich um ihre Unterstützung zu bitten.



idewitz (Arbeiterin,
sitzend Mitte hinten)



Kassenwart Klaus Müller (Sozialarbeiter im
Lohwald in Offenbach) (stehend, hinten)

eiterin in der Frauen-
en)



Rudi Andrä (Rentner, Sozialhilfegruppe Darm-
stadt)



WENN DIE S-BAHN DURCH DIE SIEDLUNG FÄHRT ...



Vom Abriß bedroht sind diese beiden Häuser Lämmerspieler Weg 107 und 109: der S-Bahn-Bau fordert viel Platz. Die Anwohner fürchten, daß noch mehr preiswerter Wohnraum der Schnellbahn geopfert werden muß. (Iz/FR-Bild: Oliver Weiner)

Wenn in fünf Jahren die neue S-Bahn von Frankfurt ins Rodgau am Lämmerspieler Weg angekommen ist, dann stehen den Geleisen die Häuser Lämmerspieler Weg 107 und 109 im Wege: sie müssen abgerissen werden. Was passiert mit den Bewohnern, was passiert mit den andern Häusern, die dann direkt an der S-Bahn stehen? Diese Fragen sollten Stadtbaurat Kaib und Herr Oberländer vom Tiefbauamt der Stadt Offenbach beantworten. Daß sie den Bewohnern auf den Nägeln brennen zeigte die starke Beteiligung an der Bewohnerversammlung: über 70 Bewohner/innen waren da. So ist auch Brigitte Ritter, die schon vor Jahren in der LAG mitgearbeitet hatte, wieder aktiv geworden.

Sie befürchtet, daß die Bewohner schon nächstes Jahr in das Hochhaus an der Neusalzer Strasse verfrachtet werden, ohne um ihre Meinung gefragt zu werden. Solche und andere Gerüchte haben die Bewohner verunsichert. Genaueres konnten jedoch die Vertreter der Stadt auch nicht sagen.

Klar ist, daß die beiden Häuser abgerissen werden. Was mit den andern geschieht, die dann teilweise nur noch wenige Meter neben den Geleisen stehen, ist noch unklar. Die Bundesbahn ist am Untersuchen, welche Lärmschutzmaßnahmen notwendig sind, und ob diese nicht teurer kommen, als die Häuser wert sind.

Endgültige Klarheit darüber, welche Häuser insgesamt weichen müssen, soll es erst im Januar geben.

Die Bewohner können kaum glauben, daß man später

noch da wohnen kann. Denn bereits heute wackelt die ganze Wohnung, wenn ein Zug vorbeifährt. Sie bleiben mißtrauisch. So berichtet Frau Michel, daß bei ihr im Schlafzimmer die Decke verschimmelt und die Leitungen durchgebrannt seien. Die Fenster seien so undicht, daß sie im Winter dicke Eiszapfen im Zimmer habe. Die Wohnungsbaugesellschaft lehne es jedoch ab, die notwendigen Reparaturen zu machen, weil sowieso bald abgerissen würde. Dies bedeute doch, daß es schon Pläne geben müsse.

Für die Zukunft ergeben sich viele Fragen: z.B. wer zieht mit wem wohin? Wie werden einzelne Mieter für die Kosten entschädigt, die sie in die Wohnungen gesteckt haben (das geht bis DM 20.000)? Heute gibt es eine Kaltmiete von DM 2,20 pro m², wer kann eine Sozialwohnung für 5 - 7 DM pro m² bezahlen?

Monika Seelmann und Avello Pietro vom Mieterrat fordern deshalb einen Sozialplan für die Siedlung und ein Mitspracherecht der Bewohner.

Stadtrat Kaib betont, daß die betroffenen Bewohner mit in die Planung einbezogen werden sollen und schlägt dafür die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der beteiligten Ämter und der Betroffenen vor.

Eine weitere Bewohnerversammlung im Januar soll mehr Klarheit bringen.

chr.

FRAUENSTEINER STRASSE IN WIESBADEN: BEWOHNERVERSAMMLUNG ZUR SANIERUNG

Etwa 30 Personen kamen ins kleine Sozialzentrum von der Frauensteinerstraße, um zu hören, wie es um die langversprochene Sanierung steht.

Vertreter der Parteien, der Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft GWG und der Leiter vom städtischen Wohnungsamt stellten sich der Diskussion.

In den ersten Reihen saßen die Frauen aus der Siedlung. Sie beschwerten sich über die Wohnbe-

dingungen, die ihnen über Jahre hinweg zugemutet wurden (näheres dazu im nebenstehenden Zeitungsbericht), über die ungerechten Mieten und die ewigen Vertröstungen. Hinter ihnen saßen die Männer. Sie versuchten die Frauen zu dämpfen, wenn diese sich lautstark beschwerten.

Das ganze Problem entstand 1972, als die Stadt die Schlichtbauten an die GWG übergab, und die Mieter normale Mietverträge erhielten, ohne daß

Alles naß und brüchig: Bewohner kämpfen

Stellt die Stadt Geld bereit für die Sanierung Frauensteiner Straße? / „Zuviel belogen worden“

Wenn die Bewohner der Siedlung Frauensteiner Straße in Dotzheim ihre Räume heizen wollen, dann müssen sie sich untereinander absprechen. Wirft der eine im Haus den Ofen an, läßt der andere ihn aus. Der Schornstein ist nach Flickarbeiten vor Jahren viel zu eng. So mancher benutzt einen teuren Radiator, um ein bißchen Wärme in die ständig feuchten Zimmer zu bekommen. Wenn eine Bewohnerin der Siedlung Frauensteiner Straße die Kleider ihrer achtköpfigen Familie in die Waschmaschine steckt, muß sie zuvor alle anderen elektrischen Geräte auf Aus geschaltet haben. Sonst fliegen ihr die Sicherungen um die Ohren, Kabelbrände sind an der Tagesordnung. Wenn ein Teil der Bewohner an die vor gut zehn Jahren eingebauten schlichten Bäder denkt, kommt keine Freude auf: Die alten brüchigen Rohre verkraften diese sanitären Einrichtungen nicht. Wenn Bewohner der Siedlung an die Mieterhöhungen durch die GeWeGe denken und an die vielen Versprechungen der Stadt, steigt ihnen die Zornesröte ins Gesicht...

Die einstige Obdachlosensiedlung Frauensteiner Straße ist zwar schon Anfang der 70er Jahre eine „normale Wohnsiedlung“ geworden, in denen die Bürger ordentliche Mietverträge statt der bis dahin üblichen Nutzungsverträge bekamen. Auch wurden damals die Wohnungen in den „Einfachshäusern“ vergrößert, irgendwann die Fassaden gestrichen, doch dann war wieder Schluß mit den Verbesserungen. Die Freude der Mieter über mehr Platz, ein Bad und Klo in den eige-

nen vier Wänden – allerdings keineswegs für alle Bewohner –, Zufriedenheit über neue Fenster und „rauchfreie“ Räume durch reparierte Kamine hielt nicht lange an. Denn die Flickarbeit forderte ihren Preis: Nässe, Schornsteine, die Heizen auch weiterhin vermiesen, durch die Feuchtigkeit verzogene neue Fenster und eben die immer wiederkehrenden Kabelbrände sind Alltag. Im Sommer wurden die Treppenhäuser zu „Tropfsteinhöhlen“, das Wasser lief die Wände runter... So schildern drei Bewohnerinnen und die leitende Sozialarbeiterin Gisela Zwigart den Zustand der Häuser.

Daß die GeWeGe trotz dieser Misere 1982 Mieterhöhungen zwischen 15 und 55 Prozent aussprach, brachte die Bewohner auf die Palme. Als 1985 erneut mehr Miete verlangt wurde, war der Protest so stark, daß die Wohnungsgesellschaft zunächst eine „politische Klärung“, auch über die dringliche Sanierung des sozialen Brennpunktes herbeiführen wollte. Denn schließlich gehören die Problemhäuser der Stadt. In ihnen schwanken für gleichen Wohnraum die Quadratmeterpreise zwischen 2,80 und 5,80 DM. Das bringt Verdruß.

Für das kommende Frühjahr nun wird den derzeit 128 Menschen in der Siedlung die Sanierung versprochen. Umgeschichtetes Geld – ursprünglich für sozialen Wohnungsneubau vorgesehen – soll in die Frauensteiner Straße fließen. Es geht um rund 1,3 Millionen DM. Doch die Bewohner glauben erst daran, wenn etwas passiert. „Wir sind zuviel belogen worden“, meint eine langjährige Mieterin

im Gespräch mit dem KURIER. Viel sei versprochen, nichts gehalten worden, bekräftigen zwei weitere Bewohnerinnen, die betonen, daß so manches in Eigeninitiative passiert sei.

In der Frauensteiner Straße 112 bis 120 benötigen 41 Prozent der Haushalte laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder ergänzende Sozialhilfe. Wohngeld bekommen 64 Prozent der Haushalte. Es leben 51 Kinder in dem sozialen Brennpunkt, wo es draußen außer einem Klettergerüst auf matschigem Boden keine Spielmöglichkeit gibt. Das vom Caritasverband betriebene Sozialzentrum kann immerhin stolz darauf verweisen, daß eine Reihe Jugendlicher und junger Erwachsener in eine Lehre oder regelmäßige Beschäftigung gebracht wurden.

Am kommenden Dienstag abend wollen die Bewohner in der Sozialzentrums-Baracke mit Politikern und städtischen Fachleuten über die Sanierung diskutieren, wollen hören, daß tatsächlich damit begonnen wird. Und die Mitarbeiter des Sozialzentrums, das übrigens erst 1973 eingerichtet wurde und damals in einer Waschküche die Arbeit begann, wollen den Verantwortlichen deutlich machen, daß die Mieten auch nach einer Sanierung in einem „sozial verträglichen Rahmen“ bleiben müssen.

„Wir haben Angst, daß das Geld eher in die Taunusstraße gesteckt wird, das ist doch jetzt aktuell“, sprachen Bewohnerinnen der Siedlung ihre Ängste aus. „Die Taunusstraße, die kann man nämlich vorzeigen, die Frauensteiner Straße, die sieht man nicht.“

isa

die Wohnungen richtig saniert wurden. Damit war die Stadt die Verantwortung für die Wohnungen los. Deren Zustand verschlechterte sich immer mehr (Feuchtigkeit, unbrauchbare Kamine, kaputte Fenster usw.), dafür stieg die Miete immer mehr bis DM 5,60 pro m². Daraus kann man sehen ein normaler Mietvertrag macht noch längst keine normale Wohnung.

Nach den Aussagen der anwesenden Vertreter von Stadt und Parteien soll jetzt alles besser werden. So hat der Magistrat beschlossen für 1988 die notwendigen 1,6 Millionen zur Verfügung zu stellen, so daß spätestens im nächsten Frühjahr mit der Sanierung begonnen werden könne.

Also Ende gut alles gut?

Ein paar Probleme gibt es noch. Die Bewohner bleiben mißtrauisch, zuviel ist ihnen in den letzten Jahren versprochen worden.

Da es noch keine genaue Planung gibt, ist es unklar, wie die Sanierung ablaufen wird. Optimisten rechnen mit einer Gesamtdauer von einem Jahr, Herr Riedle von der CDU rechnet mit 2 - 3 Jahren. Die zweite Frage betrifft das wie: können die

Mieter in ihren Wohnungen bleiben, oder müssen sie diese für die Sanierungsarbeiten leer machen? Bis heute sind sie mehrheitlich dagegen, ihre Wohnungen zu verlassen. So sagt Herbert Zenkert klipp und klar: "Ich gehe aus meiner Wohnung nicht raus".

Ein weiteres zentrales Problem ist die zukünftige Miete. Wieviel Miete können arme Leute, in der Mehrzahl Sozialhilfeempfänger bezahlen? Die Stadt rechnet mit DM 4,50 pro m² - dies wäre eindeutig zu viel.

Die derzeitigen Mißstände hat keiner bestritten. Nur der Vertreter der GWG redete von der Feuchtigkeit als einer 'aufsteigenden Nässe', wie wenn diese nicht naß wäre.

Dafür nennt der bisherige Caritas-Direktor und vorgesehene Leiter vom Landesjugendamt Smentek die Sache beim Namen: Es ist ein Skandal, wenn die Rheumastadt Wiesbaden sich in ihren Häusern die Rheumakranken selber schafft, hier müsse ein Sanierungshotel her und sofort mit den Arbeiten angefangen werden!

chr.

BERNHARD HORCH: REDEBEITRAG ANLÄSSLICH DER FACHTAGUNG "25 JAHRE BSHG"

Mein Name ist Bernhard Horch und ich arbeite im Sozialhilfeverein in Raunheim am Main e.V., einer Selbsthilfegruppe im Rhein Main Gebiet und ich spreche als Betroffener.

Der Vorredner aus der Sozialinitiative in Mainz (Helmut Ruf) hat ja bereits 2 Punkte gefordert die vollkommen korrekt sind und meine bzw. unsere Unterstützung finden. Außerdem spiegelt die Forderung nach bedarfsgerechten Regelsätzen auch etwas die Angst wieder, die die Betroffenen vor dem neuen Statistikmodell haben; denn mit zunehmender Arbeitslosigkeit, und die Entwicklung läuft in diese Richtung, wird das Lohngefälle niedriger und demzufolge auch die Sozialhilfe, weil die Arbeiter auch mit Arbeiten auf einem niedrigeren Lohnniveau zufrieden sind, sofern sie eine Arbeit überhaupt finden. Die

jetzt in Aussicht gestellte Erhöhung der Hilfe kann angesichts dieser Entwicklung aber nur von kurzfristiger Dauer sein.

Dem Herrn Rechtsanwalt Konradis aus Duisburg kann ich nur beipflichten, wenn er sagt, daß in den Sozialämtern nach Ermessen genehmigt wird, und ich muß deshalb dem Kieler Sozialdezernenten Hr. Schroedter widersprechen, der gesagt hat, daß das Ermessen vom Gesetz überprüft werden kann, denn wie will der Betroffene dies prüfen, wenn sich oft auf mündliche Verwaltungsakte beschränkt wird, oder - und ich muß es hier einmal sagen - auf den wenigen Bescheiden, die erteilt werden, bei der Rechtsmittelbelehrung der Hinweis fehlt, daß für Hilfeempfänger der Gang zum Sozialgericht kostenfrei ist.

Das Wort von Herrn Saurer (Sozialamt Schramberg) zu den Kirchen, hoffe ich findet Gehör, zumal der liebe Gott, just in diesem Moment die Glocken läuten ließ (Kirche war nebenan), um die Ohren der Betroffenen bei Caritas und Diakonischem Werk zu öffnen.

Und wenn Herr Saurer im Verlauf von seinen Ausführungen vom Musterländle spricht, bei dem ein Kinderrad für 100,-- DM um die Ecke bei Quelle nichts besonderes ist, werde ich ganz hellhörig bei dem Wort Quelle, und ich hoffe, daß er hier nicht als Sammelbesteller fungiert hat, wie es ja die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung zur Zeit anprangert.

Zu den Defiziten, die alle schon angesprochen wurden, möchte ich ein weiteres anfügen. Nämlich den Umgang untereinander im mitmenschlichen Bereich, und ich möchte zugeben, daß es auch schwarze Schafe auf beiden Seiten gibt. Aber ich muß doch davon ausgehen, daß mein Sachbearbeiter erkennt, ob ich ein Hilfebedürftiger bin der unverschuldet in die Notlage gekommen ist. Denn dafür ist er geschult, wenn aber wie z.B. in Raunheim für 5,5 Stellen (1 Wohnungssachbearb., 1 Asylsachbearb., 3 wirtschaftl. Sozialhilfesachbearb. und 0,5 Sachbearb.)

1.500,-- DM und für die Jugendpflege bei viel weniger Stellen für die Bildungsarbeit der Betreuer 7.500,-- DM bereitgestellt wird, sieht man hier das Defizit ganz deutlich, von dem Herr Putz (Verw. FH. Wiesbaden) sagte, daß ein Mangel an Sachkenntnis und Rechtsstaatlichkeit bestehe. Um so schwerer wird es für den Betroffenen zu verstehen sein, wenn im Bereich Obdachlosenfürsorge ein plus von 18.000,-- DM gemacht wird.

Frau Riedmüller (Prof. Univ. Bielefeld) hat das Beispiel von der Geburt der Ausländerin gebracht, und ich möchte sagen, daß man das noch als eine böswillige Unterstellung von Amts her betrachten kann, zumal dies von der Betroffenen bestimmt entkräftet werden konnte. Wenn aber eine Hilfesuchende 1 Woche vor Niederkunft ihren Antrag auf die Erstausrüstung des Babys stellt und gesagt bekommt, sie solle warten bis das Kind da sei, denn es könnte ja noch etwas geschehen, so ist

dies ganz einfach, und ich sage es hier auch ganz deutlich, dann ist dies eine Frechheit und nicht entschuldbar.

Nun kann man sagen, solche Sachen geschehen bei schwarzen Schafen. Aber diese Dinge haben doch unsere Selbsthilfegruppen wie Pilze aus dem Boden schießen lassen, um die Löcher in dem eigentlich gut aussehenden Gebilde von BSHG aufzuzeigen.

Ein Wort an Herrn Lindlahr (Ref. b. Deutschen Landkreistag, Bonn). Sozialhilfe muß für den Haushaltsetat der Kommunen nicht ins Gewicht fallen, wenn der Bundesarbeits- und Bundeswirtschaftsminister sich endlich intensiv um den Arbeitsmarkt kümmern, und dafür sind sie doch die Kompetenten.

Bezüglich des Werbungs und Anspruchdenkens, Herr Kuper (Justitiar des Caritasverbandes, Freiburg) hat davon gesprochen, kann ich nur sagen, daß die Hilfesuchenden dieses Anspruchsdenken nicht haben. Denn spätestens bei der Vorsprache auf dem Sozialamt wird ihnen dies ausgetrieben.



Bernhard Horch

Unsere eigentliche Arbeit im Projekt ist mittlerweile fast am Nullpunkt angekommen. Die geplanten, neuen Initiativen haben wir erst mal verschoben und die laufenden Gruppen weitgehend sich selbst überlassen, weil wir unsere ganze Zeit und Kraft brauchten für den Kampf um die Knete.

Auch uns selbst gehts jetzt ans Eingemachte. Wir haben Kündigungen zum Ende des Jahres erhalten. Der Verein will kein Risiko eingehen. Damit hatte vor allem ich als Schwangere nicht gerechnet. Die 1. Vorsitzende meint, wir müßten verstehen, daß sie sich absichern müssen und sollten es nicht so persönlich nehmen. Sie erklärt den Schritt mit ihrer Verantwortung den Mitgliedern gegenüber und mit der Einschätzung, daß sie auf diese Weise bei Stadt und Land mehr Druck machen könnten. Trotzdem bleibt bei mir ein Gefühl von Enttäuschung, vor allem wenn ich mir vorstelle, daß diese Entscheidung von einem Vorstand getroffen worden ist, der zum einen ausschließlich aus Frauen und Müttern besteht und, zu denen ich außerdem bisher eine solidarische, zeitweise fast freundschaftliche Beziehung verspürte. Fragen und Zweifel kamen hoch. War es naiv, an eine solidarische Zusammenarbeit zwischen Vorstand und uns zu glauben? Zumindest darf man wohl die ökonomische Realität nicht verkennen, die sich aus der Beziehung Arbeitnehmer/Arbeitgeber ergibt.

Die Rechtsberatung bei der ÖTV brachte den nächsten Frust. Es gibt ein Gesetz zum Schutz der Unternehmer, wonach Angestellte in Betrieben mit weniger als 5 Mitarbeitern bei Kündigungen kein Recht haben, dagegen zu klagen, selbst wenn die Kündigung total rechtswidrig ist. Bei mir geht es zwar trotzdem wegen des Mutterschutzes, aber Steffi hat dadurch absolut keine Möglichkeiten mehr.

Die totale Erniedrigung folgte dann auf dem Arbeitsamt: Nach der üblichen Leier von ewigem Warten - Sachbearbeiter nicht zuständig - wieder Warten - nochmal falsch - Versuch mich abzuwimmeln, wurde ich dann bei der "Rechtsberatung" regelrecht zusammengeschissen. Hier würde ich nichts kriegen. Als Schwangere stände ich ja

dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Außerdem gäb's ja Erziehungsgeld! - DM 600,--! - Und das auch erst nach der Entbindung. Mir war so schlecht, wie während der ganzen Schwangerschaft noch nicht. Jetzt konnte ich die Bewohner gut verstehen, die ständig mit Ämtern zu tun haben und oft noch viel weniger Möglichkeiten haben sich zu wehren als ich.

Dann kam die unverhofft positive Nachricht, daß das Geld wieder in den Haushaltsplan käme nach der Klausurtagung von CDU und FDP. Erleichterung! Jubel! Sieg! Und kurz die bange Frage, wo denn der Haken an der Sache sei. Aber die lassen wir ganz schnell wieder fallen. Wir planen ein Fest und Aktionen und, und, und.

Aber noch hatten wir uns zu früh gefreut. Der Vorstand bremste unseren Enthusiasmus, will sicher gehen und auf die schriftliche Zusage der Projektmittel warten. Das heißt 3. Lesung bei Stadt und Land und die Zusage vom Sozialministerium abwarten. Bis jetzt sind unsere Kündigungen noch nicht zurückgenommen. Ich habe die Klage eingereicht und werde demnächst meinen Rest-Urlaub antreten. Ich will jetzt auch sicher gehen. Die 1. Vorsitzende hat sogar Verständnis dafür. Die Bewohnerarbeit wird mindestens einen weiteren Monat brachliegen und wir fragen uns jetzt, gesetzt den Fall, das Projekt geht weiter: Was können wir tun, damit es nicht jedes Jahr wieder den gleichen Zirkus gibt?

Heidi Peters

P.S.: Anfang Januar wurden die Kündigungen zurückgenommen!



Die AG GWA schaut sich den "Dicken Busch" an

25 JAHRE BSHG - KEIN GRUND ZUM FEIERN

Rückblick und Vorschau zum 25jährigen Jubiläum des Bundessozialhilfegesetzes waren angesagt bei einer Fachtagung der Akademie für Sozialarbeit und Sozialpolitik am 24./25. September in Nürnberg.

Aber neues steht nicht zu erwarten von Seiten der etablierten, dabei zum Teil durchaus auch kritischen Fachöffentlichkeit. Der Rückblick und die Vorausschau waren letztlich ziemlich deprimierend. Einigkeit bestand darin, daß die Hilfen nach dem BSHG weiterentwickelt und verbessert werden müssen und daß das Geld der Träger der Sozialhilfe vorne und hinten kaum mehr reicht.

Es war eine Diskussion, die mit dem Rücken zur Wand geführt wurde. "Wer soll das bezahlen" stand bei allen Redebeiträgen klar oder unausgesprochen im Raum. Aber so illuster und hochkarätig der Kreis auch war - jede Menge SozialdezernentInnen, SozialamtsleiterInnen, SozialwissenschaftlerInnen, SozialhilfeempfängerInnen und sonstige Fachleute - im großen und ganzen umgingen alle TeilnehmerInnen den Zwang, aus der Analyse des mangelhaften Ist-Zustandes eindeutige Forderungen nach der weiteren Entwicklung der Existenzsicherung abzuleiten.

Insbesondere aber unterließ es die Versammlung, den Gesetzgeber in die Pflicht zu nehmen, besonders wegen Rücknahme der Kürzungen im Bereich von BSHG und AFG sowie gegen die Kostenverlagerung auf die Kommunen. Welche politischen Rücksichtnahmen hier auch immer eine Rolle spielen mögen - keiner der politisch Verantwortlichen ließ erkennen, daß er beim Städte- oder Landkreistag oder über seine jeweilige Partei darauf dringen würde, offensiv die Schiene der politischen Auseinandersetzung gegenüber Bonn zu fahren.

So wird auch weiterhin die Verteilung des Mangels kennzeichnend für die Sozialhilfepolitik sein.

Für die Initiativen aus dem Arbeitslosenbereich,

deren Forderung schon lange auf ein (wie auch immer im Detail gearteten) Existenzgeld zielt, dürfte es von Interesse sein, was diesbezüglich auf der Tagung zur Sprache kam: Tenor aller Beiträge war, daß eine Grundsicherung höchstens für Rentner und Arbeitslose anvisiert wird. Und dies auch nur von sogenannten kritischen, unabhängig wissenschaftlich tätigen Fachleuten. Politisch oder in der Verwaltung Tätige hielten sich hier weitestgehend bedeckt. Grundlage wird auch hier die Sozialhilfe sein - in ihrer ganzen Unzulänglichkeit sowohl bezüglich der Höhe als auch des Umganges.

Armin Tschoepe aus Hamburg legte in diesem Zusammenhang als Beteiligter die Gründe und die Entwicklung des Statistik-Modelles, das im September verabschiedet wurde (vgl. "quer" 9/87), dar. Dieses -vom Deutschen Städtetag als Maximalforderung akzeptierte- Modell wurde von Hamburg aus in Szene gesetzt und mit Zustimmung aller Bundesländer mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern verabschiedet. Der sich abzeichnenden Gefahr, daß -nicht zuletzt durch die fortschreitende Niedriglohnpolitik und ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnissen- die Bemessungsgrundlage immer weiter sinken wird, wußte dabei der ehemals sich fortschrittlich gebende Sozialwissenschaftler Tschoepe nur zu erwidern, daß wir ja alle kommendes Jahr an der Erhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstatistik teilnehmen könnten - mit den entsprechenden Angaben würde in 5 Jahren eine ausreichende Anpassung sichergestellt. Für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner heißt dies: Sollte es jemals zu einer Mindestsicherung kommen, so steht zu erwarten, daß sie aufgrund der Berechnung des Sozialhilfebedarfs eine zusätzliche Verarmung bringen wird.

Herausragend auf der Veranstaltung waren Beiträge, die von Sozialhilfeempfängern und Personen, die in den Initiativen mitarbeiten, vorgetragen wurde. An konkreten Fallbeispielen und Problem-

blöcken wurde die Bearbeitung der Sozialhilfe auf den Ämtern heftig kritisiert und ausführlich wurde der Forderungskatalog des Bundestreffens der Sozialhilfeinitiativen (siehe "quer" 9/87) vorgetragen und begründet. Er fand aber nur wenig Resonanz bei den anderen Teilnehmern.

Noch eine Anmerkung zum Schluß: Erneut war dies

eine Veranstaltung, bei der die Teilnahmegebühr keine generelle Ermäßigung bzw. Befreiung für Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger vorsah. In Zukunft sollte bei Bekanntwerden solcher Veranstaltungen von vornherein von uns allen (unabhängig von einer geplanten Teilnahme) ein Null-Tarif schriftlich eingefordert werden.

Wolfgang Scherer

WOHNUNGSEINWEIHUNG IN GIESSEN

Zum 17.12.1987 konnten die Mieter der Margaretenhütte wieder in die sanierten Wohnungen zurückziehen. Im Rahmen einer kleinen Eröffnungsfeier mit großem kaltem Buffet wurden die ersten Wohnungen offiziell übergeben. Der erste Block von drei aus dem ersten Bauabschnitt.

Übergangsweise hatten 3 Einpersonenhaushalte und eine 4-köpfige Familie jeweils in einem Wohncontainer gewohnt - eine Lösung, die sich nicht bewährt hat. (S. Titelbild)

In 4 Monaten Bauzeit wurde der Wohnblock erstmal in einen Rohbauzustand versetzt, damit Mängel wie Schimmel, zu kleine Wohnungszuschnitte, Minibäder, Einzelöfen und triste Treppenhäuser und Eingänge beseitigt werden konnten.

Die sanierten Wohnungen sind jetzt größer und heller (Standard sozialer Wohnungsbau), Wärmedämmung und Zentralheizung, neue Bäder und Balkons wurden eingebaut (und Gäste-WC).

Die Mieter sind zufrieden.

Vorschlagsrecht für die Belegung der sanierten Wohnungen hatte der Mieterrat, wobei dieser anhand seiner Grundsätze verfuhr:

Priorität haben die Mieter, die vorher in dem Block gewohnt haben dann kommen die Haushalte, die als nächste von der Sanierung betroffen sind und schließlich Familien mit kleinen Kindern und ältere Personen.

Der Mietpreis liegt nach der Sanierung vorläufig bei 4,00 DM /qm (vorher 3,20 DM/qm) ohne Betriebs-

kosten. Familie K. hat mit 4 Personen und einem Verdiener (+ Putzstelle) bei 94 qm eine Mietbelastung von DM 503,-- (DM 638,-- warm), abzüglich DM 170,-- Wohngeld = DM 333,--.

Obwohl die Wohnbau Gießen das Bauvorhaben zur schnellen Abwicklung an einen Generalunternehmer abgegeben hatte (schlüsselfertige Abgabe), kamen Bewohner beim Bau zum Einsatz: Die Baufirmen beschäftigten 5 Männer befristet im Bautrup mit der perspektive auf Übernahme (3 aus der Margaretenhütte, 2 vom Eulenkopf, Anstellungsträger die Wohnbau Gießen).

Eine Kolonne von Jugendlichen mit einem Anleiter (IJB) erledigte unter der Regie des Poliers der Baufirma leichte Abbrucharbeiten und Malerarbeiten im Keller. In den Außenanlagen sollen sie nochmal zum Einsatz kommen.

Eine eigene Putzkolonne machte die Endreinigung. Zum 1. Bauabschnitt gehört nach der Gesamtplanung ein Neubau, doch gibt es hier Verzögerungen bei der Wahl des Standortes wie auch bei der Mittelbewilligung aus Wiesbaden.

Natürlich hoffen die Mieter aus den anderen Schlichtbauten auf die baldige Renovierung ihrer Wohnungen in den nächsten Bauabschnitten. Dazu sind weitere Fördermittel vom Land Hessen notwendig. Diesen Forderungen hat der Mieterrat in einem offenen Brief an den Innenminister nochmals Nachdruck verliehen.

Peter Matzke

BERICHTE AUS DEN AG'S

AG Jugend

Im Mittelpunkt der letzten AG Jugend standen Kurzberichte zu stattgefundenen JBW-Seminaren sowie erste Grobplanungen für das Jahr 1988. Die AG-Mitarbeiter sprachen sich dabei für die Fortführung des Fortbildungsprogramms für JugendarbeiterInnen aus.

Gegensätzliche Standpunkte ergaben sich zum Thema "Fußball in der Jugendarbeit".

Weiter wurde erneut auf das Fehlen einer LAG-Mädchen-Referentin hingewiesen.

Die AG vereinbarte für 1988 eine Bilanzierung und Diskussion der Jugendmodellprojekte "Sportorientierte Jugendarbeit", "Mädchen-Berufsorientierung" und "Rockmobil", dies insbesondere vor dem Hintergrund der unklaren LWV-Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich der 'Freiwilligen Leistungen.

Für 1988 ist ein Bildungsurlaub für 18 - 25jährige geplant, für dessen Gestaltung interessierte Jugendclubs Vorschläge machen können.

Nächste AG Jugend am Donnerstag, den 21. Januar 1988

AG Sozialhilfe

Das Treffen der AG Sozialhilfe im November fand als Tagesveranstaltung in Wiesbaden statt, denn neben den hessischen Sozialhilfegruppen waren auch noch Vertreter von Initiativen aus den andern Bundesländern eingeladen, um gemeinsam über die weitere Zusammenarbeit hinsichtlich der geplanten Einführung einer neuen Berechnungsgrundlage für die Sozialhilferegelsätze ab Sommer 1988, dem sogenannten "Statistikmodell" zu beraten. Langfristig befürchten nämlich die Sozialhilfegruppen eine erneute Verschlechterung für die Betroffenen, wenn sich die Regelsätze nicht mehr am Bedarf im Rahmen eines Warenkorb orientieren, sondern nach dem Verbrauchsverhalten unterer 'Einkommensgruppen'.

Einig waren sich alle Anwesenden darin, daß mensch einer weiteren Verschlechterung der Lebenssituation von SozialhilfeempfängerInnen nicht tatenlos zusehen darf und da die konkrete Umsetzung des neuen Berechnungssystems in die Hände der jeweiligen Landesregierung gelegt wurde, wurde auch schon einmal von den Initiativen mit einem **gemeinsamen Aktionstag Ende Juni 1988** in den einzelnen Landeshauptstädten geliebäugelt. Näheres soll auf einem weiteren bundesweiten Treffen der Sozialhilfegruppen an einem der letzten beiden Februarwochenenden miteinander verabredet werden.

Die hessischen Sozialhilfegruppen wollen sich über ihre Vorstellungen zu einem solchen Aktionstag im Rahmen der nächsten AG Sozialhilfe noch einmal ausführlich Gedanken machen.

Im neuen Jahr trifft sich die **AG Sozialhilfe am 31. Januar 1988 (Ort noch offen).**

Am 20./21. oder 27./28. Februar bundesweites Sozialhilfetreffen (event. in Wolfsburg)

AG Wohnen und Mieten

Die Arbeitsgruppe traf sich im großen Kreis am 5.11.1987 im Schelmengraben in Wiesbaden, wo Norbert "Gaga" Preußner das **Obdachlosenkonzept der Stadt Wiesbaden** vorstellte.

Zu diesem Thema findet unter der Überschrift **"Grundsätze für kommunale Obdachlosenkonzepte"** vom 29. - 31. Januar eine LAG-Tagung in Gelnhausen statt mit den Autoren der Empfehlungen zur Wohnungssicherung in Wohnungsnotfällen vom Dt. Städtetag.

Die AG Wohnen und Mieten trifft sich wieder am Donnerstag, den 21. Januar 1988 in Frankfurt

Spiel- und Lernstuben

Am **11.11.1987** fand ein **zentrales Treffen der Spiel- und Lernstuben** in Bad Homburg statt. Zu Beginn wurde die 20-Jahr-Feier in Marburg nachbereitet (vgl. dazu Bericht in diesem Heft). Im zweiten Teil ging es dann um die Frage, ob und wie die Spielstuben in der LAG vertreten werden sollen. Allgemein wurde eine verstärkte Mitarbeit und auch Vertretung der Spiel- und Lernstuben in der LAG gefordert. Längerfristig sollen die Spielstuben zu einem eigenständigen Arbeitsbereich innerhalb der LAG werden.

Als weiterer Punkt ging es um die Frage, wie zukünftig die Zusammenarbeit der Spielstuben organisiert werden soll: landesweit oder regional, oder beides mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Dies soll in den Regionalgruppen weiter überlegt werden.

Nächster Termin am Mittwoch, den 27. Januar 1987 (ganztags Ort noch offen)

Tagesveranstaltung mit LOS am 25.11.1987: LOS (Lehrer organisieren Selbsthilfe) ist ein Zusammenschluß von arbeitslosen Lehrern, die Projekte hauptsächlich im Bereich der Hausaufgabenhilfen aufgebaut haben. Bei der Veranstaltung ging es darum die unterschiedlichen Konzepte von Schülerarbeit der LOS-Projekte (von Lehrern eher schulorientiert) und von Lernstuben (von Sozialpädagogen eher auf die Lebenswelt der Kinder bezogen) zu vergleichen. Die Diskussion zeigte, daß sowohl in den Lehrerprojekten als auch in den Lernstuben recht pragmatisch gearbeitet wird: die Hausaufgabenerledigung steht im Mittelpunkt, wenn die Zeit noch reicht wird gespielt, oder es werden sonstige Freizeitangebote gemacht. Es wurde als Gefahr erkannt, daß sich die Lernstuben von den Schulen funktionalisieren lassen. Dagegen wurde die Notwendigkeit herausgestellt, daß die Spiel- und Lernstuben ihren eigenständigen Auftrag - unabhängig von den Anforderungen der Schule - herausarbeiten.

Diese konzeptionelle Diskussion soll weitergeführt werden, in welcher Form (Tagesveranstaltung, Fortbildungswoche über das Landesjugendamt u.a.) ist noch unklar.

AG EX (Existenzsicherung)

Das letzte Treffen fand **am 15. September 1987** statt. Thema waren Finanzierungsfragen von Projekten (u.a. die damals drohenden LWV-Kürzungen) und die Vorstellung der Jahresplanung 1988 für den Bereich Existenzsicherung.

Anstelle der AG gibt es für einen **erweiterten Teilnehmerkreis am 19. Januar 1988 eine Tagesveranstaltung mit dem Thema: Erstellung des Verwendungsnachweises**. Dieses Thema ist wichtig. Denn nichts ist leichter als Zuschüsse zu streichen, wenn - vom Rechnungsprüfer bestätigt - öffentliche Gelder nicht vorschriftsgemäß ausgegeben werden ...

Die **nächste AG EX trifft sich dann am 24. März 1988** zum Thema: Zur Realität innerbetrieblicher Mitbestimmungsmodelle.

AG GWA

Seit einiger Zeit trifft sich die AG Gemeinwesenarbeit reihum bei den Projekten. So fanden die letzten Treffen in Darmstadt/Rodgaustraße und in Langen beim Kinderschutz-Bund statt. Themenschwerpunkt war - nach einer Vorstellung der gastgebenden Projekte - die Männerarbeit. Dabei zeigte sich, daß fünf Projekte ganz unterschiedliche Ansätze von Männerarbeit verfolgen. Die Bandbreite reicht von der kleinen Entrümpelungsinitiative bis zum Freizeitclub, der Bumerangs bastelt.

Auf einer **Wochenendtagung vom 15. - 17. Januar 1988** soll das Thema weiter vertieft werden. Dabei wird **Männerarbeit im Zusammenhang eines GWA-Konzeptes** diskutiert. Die Tagung wird von der AG GWA vorbereitet.

Die LAG-Zeitung wird gelesen und dazu noch genau. Dies hat eine Umfrage anlässlich der MV in Krökelbach ergeben. 25 Personen haben den Fragebogen zur LAG-Zeitung ausgefüllt. Kaum jemand hatte mehr als zwei Fragen falsch beantwortet, dabei waren die Fragen doch gar nicht so einfach.

Hier die richtigen Antworten:

Frage 1: Die Zwillinge auf dem Foto wurden von Jürgen Maier und Gisela Engel aus Darmstadt bei der Sozialhilfeaktion spazieren gefahren. Diese Frage wurde von fast allen richtig beantwortet.

Frage 2: Hier waren immerhin 11 der Meinung, daß die LAG-Männer hilfsbereit sind. Es ist also höchste Zeit, daß die LAG-Männer endlich ihr verdientes Lob bekommen, denn richtig ist, daß die LAG-Männer in der Zeitung bisher **nicht gelobt** wurden.

Frage 3: Hier gab es einige Unsicherheit, ob dies nun der Pfarrer aus dem Waldtal oder eine Frauengruppe behauptet habe, richtig ist, daß **keiner behauptet hat, daß Männer Alkohol trinken.**

Frage 4: Auch bei dieser Frage gab es Unsicherheiten. Es war der Bürgermeister von Gelnhäusen, der Gefallen an Teilnehmerinnen vom Sozialhilfetreffen fand.

7 von den 25 beantworteten Fragebogen haben nur einen Fehler und sechs Personen haben alle Fragen richtig beantwortet.

Diese Spitzenleser und Leserinnen sind:

Hanne Bechtold, Wiesbaden
Jürgen Maier, Darmstadt
Helga Ries, Darmstadt
Ilona Ulrich, Wiesbaden
Silvia Will, Wiesbaden
Herbert Zenkert, Wiesbaden

Aus diesen sechs hat Monika Lorenz von der Geschäftsstelle die drei Gewinnerinnen ausgelost:

3. Platz: Helga Ries
2. Platz: Hanne Bechtold

Diese beiden bekamen je einen Gutschein zur freien Gestaltung einer 1/2 Seite in der LAG-Zeitung mit Foto.

1. Platz: Silvia Will

Silvia bekam einen Gutschein zum freien Gestalten einer ganzen Seite LAG-Zeitung mit Foto.

Herzliche Glückwünsche und vielen Dank für Euer aller Mitarbeit!

chr.

Berichtigung zum Artikel "Ein Frauenalltag" im Frauen-Sonderheft der LAG-Zeitung vom Mai 1987

Die Personen auf den Fotos (S. 13 - 15) haben mit dem Text "Ein Frauenalltag" absolut nichts zu tun.

chr.

5 Jahre Bürgerelbsthilfe Matzenberg e.V.

1987



Karl Riehl und Vertreterinnen vom Schelmengraben waren beim Fest in Saarbrücken, Heide Koradin sagte die Grußworte vom Vorstand (s.Bild)

*Wir freuen uns über
Fabienne Klara
geb. am 4.1.1988*

*und gratulieren
ihren Eltern
Monika Krüger
und
Lothar Stock*

*Lieber Hartmut,
wir, die Wühlmäuse, sind ein
e.V. geworden.
Jetzt warten wir darauf,
Quittungen für Spendengel-
der ausstellen zu können.*

*Mit herzlichem Gruß
die Wühlmäus*

P.S. Wir haben neue Fotos!

DER NEUE VORSTAND DER LAG



1. Vorsitzender Hartmut Fritz (Sozialarbeiter, Projektgruppe Am Finken, Limburg)



2. Vorsitzende Regina S. Lohwald in Offenbach)

Heide Koradin (Angestellte, Schelmengraben in Wiesbaden) (rechts im Bild)

Bernhard Horch (Krankenpfleger, Sozialhilfverein Raunheim)



Gisela Zwigart (Sozialarbeiterin, steinerstraße in Wiesbaden)

